

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 9

Artikel: UdSSR 1990 wie Russland 1905?
Autor: Bukowski, Wladimir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092975>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wladimir Bukowski über den sowjetischen Gesamtzustand

UdSSR 1990 wie Russland 1905?

Im Jahre 1905 kam es im zaristischen Russland zu einer Revolution, die mühsam niedergeschlagen bis übertüncht wurde. Das führte einige Jahre später zu Umwälzungen mit katastrophalen Folgen. Ist es heute wieder soweit?

Mit dieser Frage befasst sich hier Wladimir Bukowski. Wie er selbst betont, sind geschichtliche Vergleiche immer schlüpfrig, aber in diesem Fall wirken die Analogien revolutionärer Situationen wirklich verblüffend. Bukowski, 1976 als Dissident in den Westen gelangt, hatte während der ersten Perestrojka-Jahre etwas Mühe bekundet, die Veränderungen überhaupt wahrzunehmen; heute erscheinen sie ihm offenbar von schicksalhafter Grösse. Seine Ausführungen sind in der Aprilnummer der Vierteljahrszeitschrift «Kontinent» (Bonn) erschienen. Wir bringen grosse Auszüge.



Wladimir Bukowski

«Ende Oktober befanden sich die Ostseeprovinzen im offenen Aufruhr... Den Kaukasus erschütterten ethnisch und nationalistisch geprägte Gewalttaten...» Und Polen war natürlich «völlig unregierbar». Sind das die Worte eines künftigen Historikers über die Revolution von 1905.

Zugegeben, historische Parallelen sind oft irreführend und auch im günstigsten Fall nur begrenzt aufschlussreich. Dennoch hat die derzeitige Krise der Sowjetunion erstaunliche Ähnlichkeiten mit der des Jahres 1905. Der Grund liegt in einer allgemeinen Gesetzmässigkeit, die als erster Alexis de Tocqueville beobachtet und formuliert hat: Der gefährlichste Augenblick für ein schlechtes Regime ist der Augenblick, da es sich zu verändern beginnt. Sei es Frankreich unter Ludwig XVI., Russland unter Nikolaus II. oder die Sowjetunion unter Gorbatschow: Die Veränderung öffnet die Schleusen der Revolution. Man vergisst heute gern, dass auch den Ereignissen von 1905 eine Periode der Glasnost vorangegangen war. Der einstige Polizeichef Fürst Swjatopolk-Mirskij wurde zum Nachfolger von Innenminister Plewe (Plehwe) ernannt und sollte den amtlich verordneten «Frühling» einleiten, «eine Epoche der Annäherung zwischen den Machthabern und dem Volk». Sein Reformprogramm – das von Gorbatschow hätte übernommen werden können – erläuterte der Fürst einem ausländischen Korrespondenten als «Koordination der Aktionen mit dem Geiste des wahren und umfassenden Fortschritts, soweit er sich mit der existierenden Ordnung vereinbaren lässt».

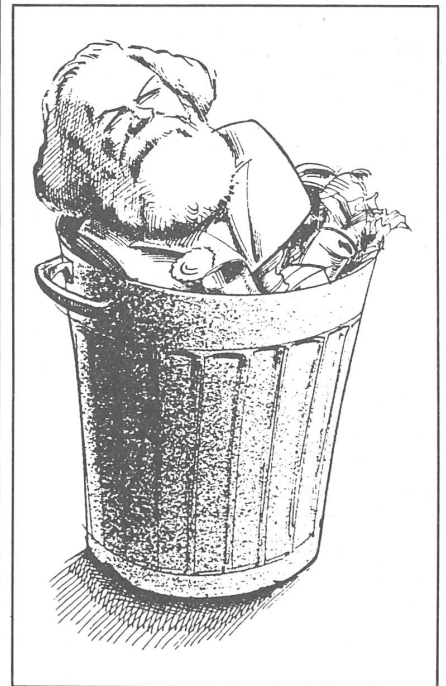
Die Menschen freilich stellten sich unter Fortschritt etwas völlig anderes vor. Von Glasnost ermutigt, legten sogar die massvollsten Lokalbehördevertreter, denen der liberale Fürst die Abhaltung einer Konferenz erlaubt hatte, eine Resolution vor, die offenkundig «mit der existierenden Ordnung unvereinbar» war: Sie verlangten eine Verfassung und die Einführung der parlamentarischen Demokratie.

Es wurde prompt verboten, die Konferenzresolution in Zeitungen abzudrucken oder zu diskutieren, aber hier witterte die Bevölkerung eine Chance zur Veränderung: Schliesslich war die Konferenz offiziell genehmigt worden. Es folgten zahllose Festreden, Erklärungen, Proteste, Eingaben und Kundgebungen, bei denen die verschie-

densten Bevölkerungsgruppen für die Resolution eintraten.

Unterdessen fand die Erregung des Volkes den Weg auf die Strassen; es gab Studentendemonstrationen und Umzüge, die unser liberaler Fürst unter tatkräftiger Mitwirkung der Kosaken auflösen «musste». Am 9. Januar 1905 zog eine unübersehbare Schar von Arbeitern, die Zarenbilder und Ikonen mit sich führten, zum Winterpalais, um dem Zaren eine Petition zu überreichen. Soldaten eröffneten das Feuer, töteten Hunderte von Demonstranten und jagten die Menge auseinander.

Nach diesem Zwischenfall, der als «Blutiger Sonntag» in die Geschichte eingegangen ist, steuerten Regierung und Volk einen unverkennbaren Kollisionskurs. Das ganze Jahr über kam es zu Protestkundgebungen, Unruhen und Streiks sowie zu Meutereien in der Armee und der Marine. Die Entwicklung kulminierte Mitte Oktober mit einem politischen Generalstreik. Zwar gewährte ein verängstigter Zar eine Art Verfassung (Manifest vom 17. Oktober) und eine Art Parlament



Aus der Zeitschrift «Sozialismus. Linke Perspektiven», Hamburg, Nr. 4/1990

(Duma); aber die Unruhen gingen weiter und wuchsen sich an manchen Orten zur bewaffneten Erhebung aus. Die verschiedenen Nationalitäten wollten Unabhängigkeit, die Bauern Land, die Arbeiter soziale Gerechtigkeit, und alle miteinander ersehnten die Revolution.

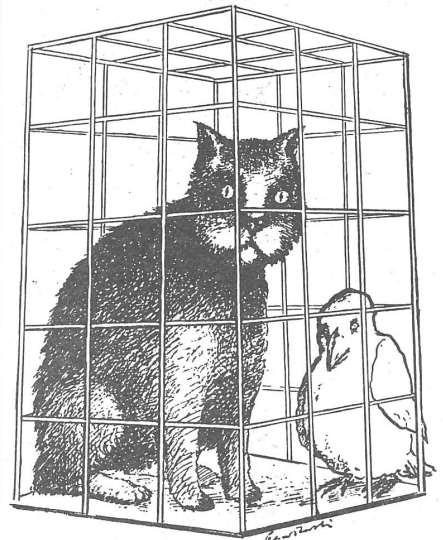
«Der Geist der Meuterei erfasste das Land . . . Nachdem sie sich von ererbten Ängsten und eingebildeten Hindernissen freigemacht hatte, wollte und konnte die Masse die realen Hindernisse nicht sehen, die auf ihrem Weg lagen. Sie brauste vorwärts wie die sturmgepeitschte Woge . . . Es war, als werde der Kessel der Gesellschaft mit einem Riesenlöffel von Grund auf umgerührt . . . Arbeiterstreiks, spontane Umzüge, Verwüstung von Landgütern, Streiks von Polizisten und Gefängniswärtern, zuletzt Unruhe und Meuterei bei den Soldaten und Matrosen. Alles brach auseinander, alles verwandelte sich in ein Chaos.»

Man glaubt es kaum, aber das ist nicht eine Nachricht von gestern aus Moskau, sondern eine Seite aus dem Buch von Trotzki. Gewiss steht eine regelrechte Meuterei der sowjetischen Armee derzeit noch aus, aber einige hundert Offiziere haben bereits einen Berufsverband der sowjetischen Sicherheitskräfte mit dem Namen «Schild» gegründet. Der erste Punkt in ihrer Verbandsdeklaration ist die Weigerung, sich gegen Zivilisten einsetzen zu lassen. Auch auführerische Bauern, die plündernd und sengend über die Güter der Grundbesitzer herfallen, dürften wir nicht erleben; aber das liegt lediglich daran, dass es in der Sowjetunion keine Grundbesitzer und Bauern mehr gibt. Der Zusammenbruch von Recht und Ordnung ist gleichwohl unverkennbar. «Wir haben eine Explosion des Verbrechens, wirklich eine Explosion», klagt der sowjetische Innenminister Vadim Bakatin. Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte ist die Verbrechensrate höher als die Geburtenrate. Schläger,

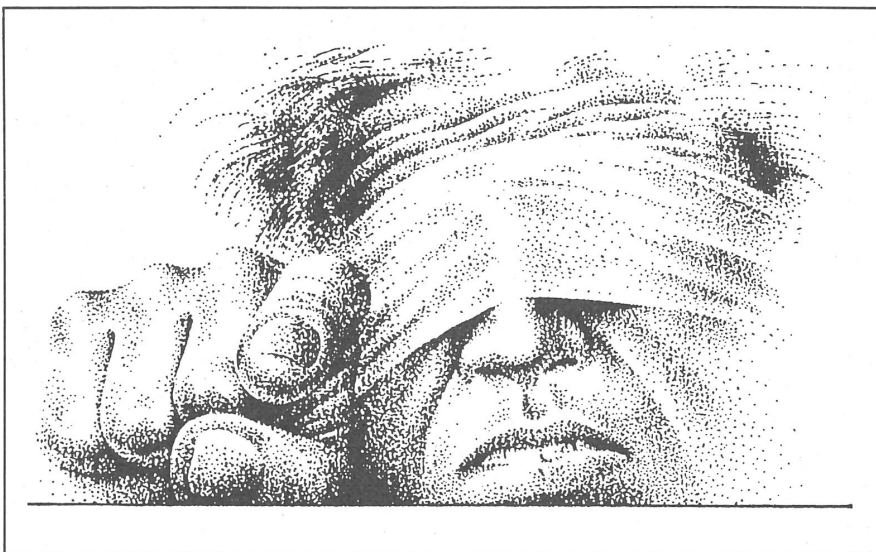
Mafiosi, Jugendbanden, die ganze Städte terrorisieren und manchmal sogar eine Polizeiwache stürmen, wenn einer der Ihren verhaftet wurde, eine dramatische Zunahme von Mord und Gewalttat, das sind die Vorboten wachsender sozialer Spannungen. Obwohl der Besitz von Schusswaffen grundsätzlich verboten ist, befinden sich nach Schätzungen der Polizei 16 bis 17 Mio Schusswaffen in Privatbesitz, und die Zahl wächst.

Jeden Tag erhält Jurij Schatalin, General an der Spitze der Truppen des Innenministeriums (MWD), Hilfesuche von lokalen oder regionalen Behörden, die dringend um Entsendung seiner Truppen bitten. Mindestens 21 000 Mann dieser Truppen sind mittlerweile an den heissesten Unruheherden in Zentralasien und im Kaukasus eingesetzt, und die Hilfesuche häufen sich. Wie seine Vorgänger vor 84 Jahren weiss General Schatalin, dass er nicht über genügend Mann verfügt, um jeden Distrikt zu schützen, und dass die Entsendung kleiner Abordnungen in jede Stadt und jedes Dorf kaum eine Lösung ist. Solche Kontingente sind ein gefundenes Fressen für die Propaganda und werden leicht aufgerieben. Und so werden, wie vor 84 Jahren, die meisten dieser Hilfesuche abgelehnt. «Es ist nicht unsere Aufgabe, friedliche Demonstrationen aufzulösen oder gegen Streikende oder Kriminelle vorzugehen», verteidigt sich der General.

Der Glanz der Geschichte blendet häufig unsere Wahrnehmung und lässt Ereignisse der Vergangenheit grösser erscheinen, als sie in Wirklichkeit waren. Der Vergleich der ersten russischen Revolution mit der gegenwärtigen Krise des Sowjetsystems scheint eine Übertreibung zu sein. Aber wo ist die Grenze zwischen Krise und Revolution? Wiesen die Ereignisse von 1905 ein besonderes Merkmal auf, dessen Pendant in der Gegenwart nicht zu sehen oder zu ahnen ist?



«Gazeta Wyborcza», Warschau (oben), und «Neue Zeit», Moskau



«Ekologija», Moskau, Nr. 7/1989

Die demütigende Niederlage Russlands in den Jahren 1904/05 auf dem fernen Kriegsschauplatz in Japan – in einem Krieg, der die bürokratische Unfähigkeit der zaristischen Regierung ebenso wie ihre Verachtung des menschlichen Lebens enthüllte – ist durchaus mit dem sowjetischen Abenteuer in Afghanistan vergleichbar. Wenn es auch keine militärische Niederlage gewesen ist, so wurde es von der Sowjetbevölkerung als eine solche empfunden und hat die öffentliche Moral genauso getroffen.

Einen «Blutigen Sonntag» in Moskau hat es bisher nicht gegeben, wohl aber ein Gemetzel in Tbilissi im Frühjahr 1989. Gewiss wäre die öffentliche Empörung grösser gewesen, wenn sich dergleichen in Moskau ereignet hätte, aber in Moskau werden die Strassendemonstrationen immer kühner, während die Behörden immer nervöser werden.

Fortsetzung auf Seite 12

Bukowski

Fortsetzung von Seite 11

Wir haben sogar das sowjetische Pendant zu den «Schwarzhundertschaften», nämlich die Vereinigung «Pamjat» (Gedächtnis), die genauso antisemitisch und chauvinistisch ist wie ihre Gesinnungsgenossen von 1905 und nicht weniger wie diese aus dem Geist der Geheimpolizei lebt.

Und der Volkskongress vom letzten Frühjahr und vom vergangenen Dezember – ähnelte er nicht in vieler Hinsicht der ersten Duma? Auf jeden Fall hatte er genauso wenig Macht, den Gang der Regierungspolitik zu beeinflussen.

Aber das spektakulärste Ereignis des Jahres 1905, das Ereignis, das den Zaren in die Knie zwang und ihn nötigte, eine Verfassung zu gewähren, war der politische Generalstreik. Er begann mit kleinen Lohnstreitigkeiten in den Moskauer Druckereien, griff aber rasch auf andere Teile des Landes und andere Industrien über und wurde zu einer rein politischen Aktion, die zunächst das Eisenbahnsystem und dann praktisch das ganze Land lahmlegte.

Man braucht kein Prophet zu sein, um eine mehr oder weniger ähnliche Entwicklung in der sowjetischen Krise vorauszusehen. Ein solches Buschfeuer in der Sowjetunion ist

schon ausgebrochen, und zwar als eher geringfügiger Lohnstreik in den Kohlebergwerken von Workuta; im vergangenen Sommer erfasste das Feuer die anderen Kohlebergwerke vom Kusbass und Donbass. Die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks jagte Gorbatschow einen solchen Schrecken ein, dass er eilends alle Forderungen der Bergleute erfüllte, obwohl er wusste, dass er seine Zusagen nicht würde einhalten können.

In der entstehenden Verschnaufpause peitschte er in seiner Duma das Verbot aller grösseren Streiks durch, so als ob ein Verbot ein Buschfeuer aufhalten könne. Der Streik brach denn auch zwei Monate später um so heftiger wieder aus; diesmal aber war er illegal und fast rein politisch motiviert. Jetzt forderten die streikenden Bergleute von Workuta nicht mehr Lohnerhöhungen, auch nicht eine bessere Versorgung durch ihre Geschäfte, sondern die Beseitigung der KPdSU aus ihrer Machtposition sowie die freie und unbeeinflusste Wahl eines demokratischen Parlaments.

Wir können nur mutmassen, wie bald dieses Feuer um sich greifen wird. Keine historische Analogie kann uns einen genauen Zeitplan liefern. Aber Regierung und Volk liegen auf Kollisionskurs. Glasnost und Perestrojka bedeuten für die sowjetische Führung etwas anderes als für die sowjetische Öffentlichkeit: für jene einen Wandel der Politik zur Rettung des Systems, für diese eine Chance zur Veränderung des Systems selbst. Der Umstand, dass die schiere ökonomische Notwendigkeit Gorbatschow zur Einführung gewisser Reformen gezwungen hatte, konnte das Volk nicht auf Dauer dankbar stimmen. Den Riss in der Mauer wird der Gefangene immer als Chance zur Flucht ansehen, nicht als Verbesserung der Belüftung.

Und wo wäre denn auch diese Verbesserung? Offenkundig ist es den halbherzigen Massnahmen nicht gelungen, den zur Verbesserung der Wirtschaftsleistung erforderlichen Enthusiasmus des Volkes zu wecken.

Was jedoch für die wirtschaftliche Erneuerung zu wenig war, erwies sich für die politische Erneuerung bereits als zuviel. Das Sowjetimperium ist im Aufruhr. Von der Ostsee bis zum Kaukasus, von der Donau bis nach Sibirien stehen frühere «Beutenationen» auf und fordern nationale Unabhängigkeit. In Russland selbst erbrachten die «Wahlen» des vergangenen Frühjahrs trotz aller Behinderungen und Manipulationen ein deutliches «Misstrauensvotum gegen die KPdSU. Das Volk hat gesprochen: Es will Demokratie. Aber keine «sozialistische Demokratie» und keine «Demokratisierung», sondern die ganz normale, altmodische Demokratie für alle.

Wir sind zurzeit Augenzeuge eines Schauspiels von wahrhaft welthistorischem Ausmass, das sich überall in der Welt abspielt, von Managua bis nach Bukarest und von Warschau bis nach Peking. Um Marx zu paraphrasieren: Wir erleben die weltweite Krise des Sozialismus. ■

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 54.—
(Ausland sFr. 59.—/DM 70.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

9/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration –

Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Telefon 031 43 12 12

Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03

Deutsche Bank Frankfurt a. M.

(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 54.—

Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 32.—

Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland**Europa + Mittelmeerländer**

Jahresabonnement sFr. 59.—/DM 70.—

Luftpost sFr. 64.—

Studenten, Lehrlinge und Schüler

sFr. 37.—/DM 44.—

Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 69.—